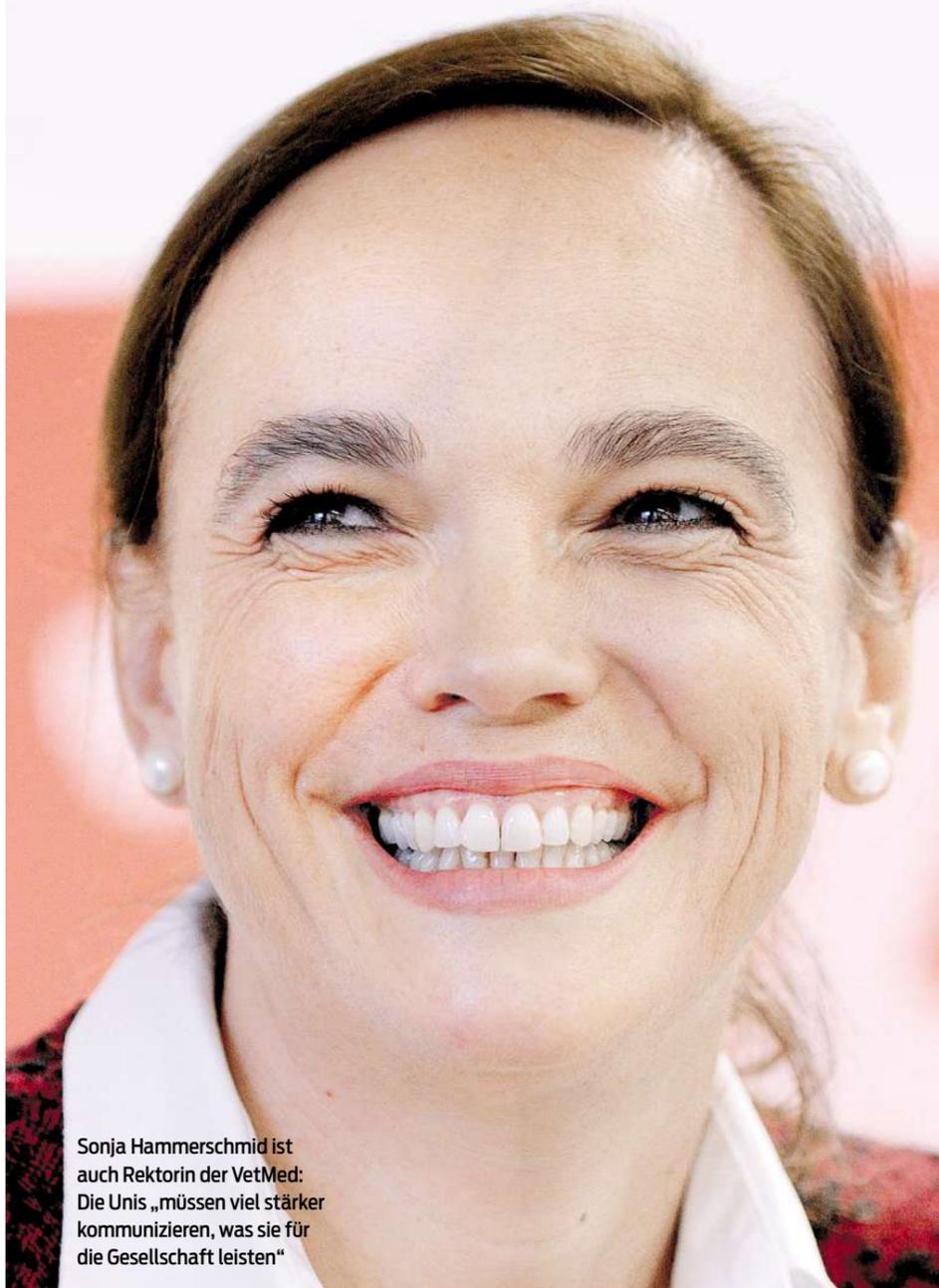


„Wir müssen lästiger werden“

Rektoren-Chefin Sonja Hammerschmid will die Universitäten „lauter“ positionieren, stärker von den Fachhochschulen abgrenzen und mittels Studienplatzfinanzierung mit mehr Geld ausstatten. VON PHILIPP HACKER-WALTON



Sonja Hammerschmid ist auch Rektorin der VetMed: Die Unis „müssen viel stärker kommunizieren, was sie für die Gesellschaft leisten“

» Sonja Hammerschmid (47) ist seit Dezember Vorsitzende der **Universitätenkonferenz** – und damit die erste Frau als Rektoren-Chefin. Im Interview mit dem UNIKURIER skizziert sie ihre Pläne für die zweijährige Amtszeit.

UNIKURIER: An den Themen Studienplatzfinanzierung, Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren haben sich schon ihre Vorgänger abgearbeitet. Was werden Sie tun, damit wir in ein paar Jahren auch wieder über andere Dinge reden werden?

Sonja Hammerschmid: 2010 ist es gelungen, mit dem Ministerium ein Konzept zur kapazitätsorientierten Studienplatzfinanzierung zu erarbeiten. Um belastbare Zahlen zu haben und die Größenordnungen zu kennen. Damit einher gehen naturgemäß Zugangsregelungen. Das Ganze ist in einem relativ ungünstigen Zeitfenster daher gekommen: Wirtschaftskrise, Hypo, Heta und wie sie alle heißen. Themen, die alles überlagert haben. Die Universitäten mussten immer zurückstecken. Es hängt schon auch am Druck seitens der Öffentlichkeit, wie ein Thema behandelt wird. Deswegen müssen wir als Universitäten viel, viel stärker kommunizieren, was wir für die Gesellschaft leisten. Nicht nur in der Technologie, in den Naturwissenschaften, sondern auch als Kunst- und Geisteswissenschaften. Zu den brennenden Fragen unserer Zeit kann die Geisteswissenschaft viel beitragen. Wir haben Experten, die auch für die Lösung politischer Fragestellungen parat stehen. Aber wir müssen die Universitäten besser positionieren. Auch, um Druck in der Öffentlichkeit zu erzeugen. Das gilt es jetzt zu tun.

Die Unis müssen lauter werden?

Ja, die Unis müssen lauter werden. Eindeutig. Und lästiger. Lauter im Sinne von Leistung zeigen. Lästiger im Sinne, mit der Politik zu diskutieren und Lösungen zu erarbeiten.

Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner will prüfen lassen, welche Fächer überhaupt noch an den Universitäten angeboten werden sollen – und welche an Fachhochschulen. Könnten Sie da auch laut werden?

Wir brauchen einen Reality-Check: Wo liegen wir mit unserem Studienangebot? Auch in der Differenzierung zu den Fachhochschulen. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Es ist nicht sinnvoll, dass wir uns immer ähnlicher werden. Im Tertiären Sektor ist viel Platz. Es braucht scharfe Profile. Was wollen FH leisten? Was können Universitäten leisten? In dieser Profilbildung kann man dann überlegen: Passen die Fächer noch? Oder kann man etwas abtauschen? Und in diesem Kontext ist natürlich immer wieder zu hinterfragen, was noch zeitgemäß ist. Welche Studien, welche Art des Studiums brauchen wir in 20 Jahren, um die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt bedienen zu können. Es wird Umstrukturierungen und Änderungen geben müssen.

Soll man auch die Zahl der Studienplätze gemäß dem Bedarf in 20 Jahren festlegen?

Das ist unumgänglich. Mir ist es wirklich ein Anliegen, den Studierenden Qualität zu bieten und die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das heißt, der Schlüssel ist immer das Betreuungsverhältnis.

Also fragt man den Arbeitsmarkt, die Firmen: Wie viele Absolventen in X brauchen wir in Y Jahren?

Wenn's so einfach wär', wär's gut! Wer hätte gedacht, dass wir heute brennende Fragen im Kontext mit Migration, Integration und Islamistik beantworten müssen?

Die FH rühmen sich damit, dass sie plangenaue für den Arbeitsmarkt ausbilden.

Das wäre ihre ursächliche Intention: FH bilden für die Industrie aus, sehr berufsnahe für das Berufsbild, das die Industrie sucht. Das lässt sich berechnen. In anderen Wissenschaftszweigen ist das viel schwerer kalkulierbar. Ich kann nicht nur sagen, ich brauche X Ärzte für den Praxisbereich. Wir brauchen auch die wissenschaftlichen Köpfe, die medizinische Forschung auf internationalem Niveau mitgestalten. Sonst verlieren wir den Anschluss und die Fähigkeit, wissenschaftliche Ergebnisse, die international generiert werden, zu

übersetzen und für uns selbst anzuwenden. Das wäre brandgefährlich.

Einige Unis verlangen jetzt schon Gebühren für Aufnahmetests. Muss das sein?

Es ist unglaublich, was wir hier an Personal, an Infrastruktur investieren, damit diese Tests stattfinden können. Das kostet eine Lawine. Es ist nicht einzusehen, dass dann nur die Hälfte der Bewerber auftaucht. Das ist in Zeiten, in denen jeder Euro fünf Mal umgedreht wird, nicht verantwortbar.

Mit dem Argument „Was gratis ist, wird nicht geschätzt“ kann man auch Studiengebühren fordern.

Also, meine Priorität wird auf der kapazitätsorientierten Studienplatzfinanzierung und den Zugangsregelungen liegen, weil ich überhaupt keine Bewegung bei den Regierungsparteien sehe, sich dem Thema Gebühren irgendwie zu nähern.

Wie wollen Sie die SPÖ überzeugen, dass Studienplatzfinanzierung festgelegte Kapazitäten braucht?

Weil alles andere naiv wäre und zulasten der Studierenden geht. Außer, es bricht der Geldregen aus. Wir sind diskussionsbereit für jeden Vorschlag, der uns hilft, die Betreuungsverhältnisse zu verbessern. Da braucht es aber auch einmal ein Konzept der SPÖ. ■

Was die Unis wollen

Forderungen. Budget & Studienplatzfinanzierung

Eine Reform, die die Universitäten seit Jahren fordern, steht auf der Prioritätenliste der neuen Rektoren-Chefin Sonja Hammerschmid ganz oben: Die **Studienplatzfinanzierung**. Das System ist simpel: Pro Studienplatz erhalten die Unis einen fixen Betrag vom Staat. Geht man davon aus, dass die Budgets nicht unbegrenzt sind, heißt das im Umkehrschluss freilich, dass es in der Praxis auch eine vorab festgelegte Beschränkung der Studienplätze geben muss.

Bei den Fachhochschulen funktioniert das schon genau so: Die Zahl der Plätze ist festgelegt, es gibt Aufnahmetests. Die Unis argumentieren, dass auch sie mit Studienplatzfinanzierung und Platz-Limits in stark nachgefragten Fächern ein vertretbares Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden bieten können.

Zweiter wichtiger Punkt: Das **Budget**. Im Herbst wurden die Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2016 bis 2018 abgeschlossen. Im Vergleich zur Periode 2013–2015 stiegen die Mittel um 615 Millionen Euro. Ein zu kleines Plus, befinden die Unis. Sie wollen mittel- bis langfristig eine deutliche Steigerung.

HOL DIR EINEN VON 1.500 SOMMERJOBS!

Auch die MitarbeiterInnen der Post müssen mal Urlaub machen. Das bedeutet sonnige Aussichten für deine Urlaubskasse. Denn wir suchen in ganz Österreich 1.500 Vertretungen für unsere ZustellerInnen, die ihren Sommer für ein Bruttomonatsgehalt von **mindestens EUR 1.000,-** (Vollzeitgehalt, inkl. Überstundenpauschale) gerne in der Sonne verbringen. Bei entsprechender Erfahrung ist eine Überzahlung möglich. Für alle ab 18, und für alle, die mit Verantwortung umgehen können.



JETZT BEWERBEN:
WWW.POST.AT/FERIALJOB

WENN'S WIRKLICH WICHTIG IST, DANN LIEBER MIT DER POST.

